

Rohstoffe und Verständigung.

Von Otto Hue.

Der Geheimrat Professor Dr. Krusch (Berlin), einer der ersten geologischen Fachmänner, bespricht in der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ (15. März d. J.) die Rohstoffgrundlagen der deutschen Eisenindustrie. Er schreibt unter anderem:

Geradezu eine Lebensfrage für unsere heimische Eisen- und Stahlindustrie ist es, daß uns beim Friedensschluß die Erze von Uschatura (Kaukasus) oder Nilopol (Donezgebiet) und die brasilianischen in irgend einer Weise zugänglich gemacht werden.

Es handelt sich um Manganerze, deren starke Einfuhr Deutschland für die Qualitätsstahlbereitung dringend bedarf. Wie soll und kann diese Lebensfrage für Deutschland gelöst werden? Annettieren kann Deutschland doch wohl Kaukasien, die Ukraine oder gar Brasilien nicht. Also muß uns die Lieferung dieses Rohstoffes im Friedensvertrag vertraglich gesichert werden.

Dasselbe gilt auch für die bitter nötigen Betriebsmaterialien der Textilindustrie: Baumwolle, Tiermölle, Jute, die Deutschland nur oder weit überwiegend aus

überseeischen Gebieten beziehen muß. Da wohl an eine Annexion der Baumwollgebiete der Vereinigten Staaten von Amerika, Ägypten, Indien, Australien auch in den vorstiegensten „alldutschen“ Kreisen nicht gedacht wird (oder doch?), so muß auch in dieser Hinsicht der Friedensvertrag Deutschland sichern. Das gleiche gilt für Nahrungs- und Futtermittel u. s. w. Soweit ich sehe, herrscht darüber in Deutschland Uebereinstimmung.

Wenn aber durch den Friedensvertrag die ungehinderte Zufuhr von Baumwolle, Tiermölle, Häuten, Holzern, Lebensmitteln u. s. w. zugestanden werden muß und kann, warum soll das nicht für alle für Deutschland nötigen, im Ausland zu gewinnenden Roh- und Halbrohstoffe und Fabrikate zutreffen? Wenn man Amerika vertraglich verpflichten kann, Deutschland wie früher Baumwolle, Petroleum, Kupfer, Lebensmittel zu liefern, warum sollte man nicht einen Vertrag mit Frankreich schließen können, der Deutschland seine Eisenerzzufuhr verbürgt?

Die Eroberungspropagandisten aber versteifen sich seit dem Abschluß des gegen den Wortlaut und den Sinn der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 sprechenden Ostfriedens festes denn je darauf, nicht durch einen Garantievertrag über ausreichende Lieferungen, sondern durch Annexion des Gewinnungsgebietes in den Besitz der Longwy-Briey-Erze zu kommen. Während sich Deutschlands gewaltige Textil- und Bekleidungsindustrie mit ihren mehr als zweieinhalb Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen darauf verlassen muß, daß ihr der Friedensvertrag die ungehinderte Rohstoffeinfuhr sichert, fordern die westdeutschen Hüttenindustriellen als Kriegsziel die Annexion eines fremdländischen Rohstoffgebietes. Die deutsche Bekleidungsindustrie (Textil- und Lederwaren) bedurfte 1913 einer Einfuhr von Baum- und Schafwolle und Häuten im Werte von rund 1340 Millionen Mark. Deutschlands ganze Eisenerzeinfuhr hatte nur einen Wert von 227 Millionen Mark und davon entfielen nur 24,77 Millionen Mark auf französische Erze. Aus den französischen Erzen stellte Deutschland nicht einmal den zehnten Teil seines Roh Eisens her. Deutschland brauchte sie also nicht „unbedingt“. Trotzdem soll das ostfranzösische Erzgebiet unter allen Umständen annettiert werden, ohne Rücksicht darauf, wie ein solcher Kriegsabschluß auf die Existenz der großen Industrien und Gewerbe wirken wird, die so gut wie ihre ganzen Rohmaterialien aus dem mit uns jetzt im Kriege befindlichen Ausland beziehen müssen. Weiter kann der „heilige Egoismus“ einer einzelnen Interessentengruppe kaum gehen!

Neuestens hat man nun „entdeckt“, daß in der französischen Normandie und in der Bretagne so überaus „gewaltige“ Erz-mengen lagern, daß daneben die in Longwy-Briey beinahe gering erscheinen und deshalb für Frankreich entbehrlich seien. In den zahlreichen mir bekannten, auch noch während der Kriegszeit verbreiteten einschlägigen Druckschriften (so auch in der massenhaft verbreiteten Lehmann-Broschüre „Deutschland bei einem guten und einem schlechten Frieden“) ist von den nun auf einmal als „gewaltig“, „unerschöpflich“ und dergleichen mehr bezeichneten Lagerstätten in der Normandie und Bretagne entweder noch keine oder nur unbestimmt die Rede. Auch in der 1915 herausgegebenen Eisenhüttenverkaufsliste des Vereines deutscher Eisenhüttenleute werden die Ergebnisse des Internationalen Geologenkongresses zu Stockholm als maßgebend für die Beurteilung der Erzvorräte Frankreichs angeführt. Danach verfügte Deutschland mit Luxemburg über

3887, Frankreich über 33 Millionen Tonnen sichere Eisenerz-vorräte. Dieselben Zahlen werden auch noch in der 1917 von der Dresdener Bank herausgegebenen Schrift „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands“ angegeben. Nun auf einmal will man durch „erste Autoritäten“ wissen, daß die normannisch-bretonischen Erzablagerungen (deren Umfang von einheimischen Geologen vor dem Kriege zwar nicht gering geschätzt wurde) so „gewaltig“ sind, daß sie die ostfranzösische Minette-lager (aus denen rund 90 Prozent der französischen Erzförderung kamen) sozulagen in den Schatten stellen.

In ungefähren Maße, wie die normannisch-bretonischen Lager wachsen, verringern sich unter der Hand der Annegionspropagandisten die südrussischen Erzablagerungen, auf deren Bedeutung als gute Aushilfsquelle, vorzüglich für Schlesien, ich kürzlich im preußischen Landtag hinwies. Nun werde ich durch die „Bergwerkszeitung“ belehrt, daß der „gesamte Vorrat des Krivoi-Rog-Distrikts (Ukraine) 86 Millionen Tonnen... beträgt“. In der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ vom 24. März d. J. wird aber der fragliche Erzvorrat noch auf 195.492 Millionen Tonnen angegeben. Und im selben Hefte der genannten Zeitschrift bemerkt der mit den südrussischen Verhältnissen aus eigener dortiger Praxis vertraute Hüttendirektor Hugo Klein den „Gesamtvorrat“ sogar auf „mehr als 500 Millionen Tonnen“. Den Anwälten der Annegionisten ist ein besseres Zusammenarbeiten zu empfehlen, damit die Widersprüche nicht gar zu handgreiflich ausfallen. Uebrigens werden auch in der letzten „Deutsche“ des Vereines der Hüttenindustriellen und in dem Memorandum der Firma Thyssen — beide für Annexion von Longwy-Briey! — nicht übereinstimmende Vorratszahlen angegeben. Ferner hat Kammerzienrat Köchling im Dezember 1917 berichtet, daß während der Kriegszeit kaum der dritte Teil der Fördermög-lichkeit für den deutschen Bedarf im Becken von Longwy-Briey ausgenützt wurde, während gleichzeitig nach Bergat Professor Krusch das lothringische Erzgebiet aus verschiedenen Gründen geschont worden ist. Der Bevölkerung aber ist immerzu vorgerebet worden, ohne die Longwy-Briey-Erze hätte Deutsch-land seine Landesverteidigung nicht durchführen können. Das müsse „für den künftigen Krieg“ bedacht werden, indem „wir“ jenes Gebiet „fest in der Hand“ hielten.

Nachdem nun das einfach fabelhaft weittragende Geschütz aufgetreten ist, ist auch der Einwand der Eroberungspolitik, Deutschland müßte seine Grenzen hinauschieben, damit die südwestdeutsche Industrie nicht mehr „im Bereich der Festungs-lanonen von Verdun“ u. s. w. liege, gründlich zusammen-geschossen. Wenn man jetzt schon mit Eisengeschützen mindestens

100 Kilometer weit Granaten schleudern kann, wie weit muß dann zukünftig die „Grenze“ hinausgeschoben werden, um die deutschen Industrieanlagen in den Grenzgebieten zu sichern? Longwy-Briey genügt da bei weitem nicht mehr! Dieses neue Geschütz lehrt uns sehr eindringlich, daß die Völker die Macht-politik überwinden, ihr Verhältnis zueinander statt durch das Schwert durch das Recht bestimmen lassen müssen!

Zusammenfassend wäre zu sagen: Ist der Erzreichtum in der Normandie und in der Bretagne wirklich so gewaltig, wie plötzlich behauptet wird, dann hätten die deutschen Friedens-unterschändler es noch leichter, Deutschland durch den Friedens-vertrag den ausreichenden Erzbezug aus Ostfrankreich zu sichern, zumal da Frankreich infolge seines allseitig zugegebenen Mangels an Hüttenkohlen auf eine große Erzausfuhr angewiesen ist. Sagt man aber, ein Vertrag biete keine Sicherheit, dann sind auch die erstrebten internationalen Verträge, zum Beispiel über ungehinderte Rohstofflieferungen aus den überseeischen Gebieten, wertlos und Deutschland müßte auch die für seine Bekleidungs-industrie unbedingt in Betracht kommenden amerikanischen, afrikanischen und ostasiatischen Produktionsländer annettieren. Entweder — oder!